

FORDERUNGEN AN DIE BUNDESREGIERUNG

Deutschland muss sich gegen die US-Aggression wenden

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat das Mandat für den US-Krieg gegen den Irak verweigert. Der Angriff der USA ist damit ein verbotener Angriffskrieg, ein Verbrechen im Sinn des Völkerrechts. Die Bundesregierung darf einen solchen Krieg in keiner Weise unterstützen, weder durch die Gewährung von Überflugsrechten noch durch die Gestattung, auf deutschen Boden befindliche Militärbasen zu benutzen. Das Grundgesetz verbietet jede Beteiligung an einem Angriffskrieg (Artikel 26). Der Bündnisfall ist nicht gegeben. Es handelt sich nicht um einen Angriff auf Nato-Bündnispartner, sondern ganz im Gegenteil um Aggression dieser Nato-Staaten.

Deshalb fordern wir von der deutschen Regierung:

- 1) Deutschland widerruft sofort die Gewährung von Überflugsrechten für US-Kriegsverbände!
- 2) Den USA wird die Nutzung von auf deutschem Boden befindlichen Militärbasen sofort verboten!
- 3) Deutschland ruft die Soldaten aus den Awacs-Fliegern zurück, die im Nordirak Zielmarkierungen für die US-Bomber und -Raketen liefern!
- 4) Deutschland ruft sofort seine Marineeinheiten zurück, die am Horn von Afrika Geleitschutz für US-Kriegsverbände fahren!
- 5) Die deutsche Regierung protestiert offiziell gegen das Kriegsverbrechen der USA und ihren völkerrechtswidrigen Anspruch, nach eigenem Gutdünken Angriffskriege durchzuführen!
- 6) Deutschland beantragt gemäß UN Resolution 377 „Für den Frieden vereinen“ sofort eine Sondersitzung der Vereinten Nationen, auf der die Aggression der USA verurteilt wird und die USA zur sofortigen Einstellung ihrer Kriegshandlungen aufgefordert wird!
- 7) Deutschland beantragt beim Internationalen Strafgerichtshof im Haag ein Verfahren gegen den Kriegsverbrecher George W. Bush und seine Komplizen!

Wir stellen fest:

- Deutsche Soldatinnen und Soldaten, die sich Befehlen widersetzen, die sie zur Beteiligung am Angriffskrieg der USA verpflichten wollen, handeln in Übereinstimmung mit Verfassung und Völkerrecht.
- Vorgesetzte, die solche Befehle erteilen und durchsetzen wollen, leisten Beihilfe zu einem Verbrechen.
- Soldatinnen und Soldaten, die solchen Pressionen durch Desertion entkommen wollen, handeln nach Urteilen deutscher Gerichte in Übereinstimmung mit Recht und Gesetz.

Die USA wollen als neue Völkerrechtsregel etablieren, dass ihnen als Welthegemon die Führung von Präventivkriegen gestattet sei. Das allgemeine Gewaltverbot und das Prinzip der souveränen Gleichheit aller Staaten werden damit außer Kraft gesetzt. Die Folge wäre ein Kreislauf von Krieg, Militärherrschaft, Terror und Abschaffung der Demokratie aus Gründen der effektiven Terrorbekämpfung.

Wer eine solche „Weltordnung“ nicht will, muss sich gegen die US-Aggression wenden - aber nicht nur in Deklamationen, sondern vor allem in Taten, wie wir sie von der deutschen Regierung fordern.

Datum

Unterschrift

- ***Für die Stärkung der Vereinten Nationen!***
- ***Für eine sozial-ökologisch gerechte Weltwirtschaftsordnung!***
- ***Für Konfliktlösung mit friedlichen Mitteln!***
- ***Für Solidarität und Frieden!***

Bundeskanzler Gerhard Schröder, Willy-Brandt-Str. 1, 10557 Berlin
An Bundeskanzler Gerhard Schröder: internetpost@bundeskanzler.de
An Außenminister Joschka Fischer: poststelle@auswaertiges-amt.de

ViSdP:
Wolfgang Fischer, Conrad Schuhler c/o Münchner Friedensbüro Isabellastr. 6, 80798 München
<http://emanzipationhumanum.de/deutsch/wider5.html#buka> -
<http://emanzipationhumanum.de/downloads/buka.pdf>